

Bundswettbewerbsbehörde bestätigt: Bauern nicht für Lebensmittelteuerung verantwortlich

Eine Untersuchung der Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) hat festgestellt, dass die gestiegenen Lebensmittelpreise nicht den österreichischen Bauern zuzuschreiben sind.

Vielmehr werden höhere Preise im Lebensmitteleinzelhandel von steigenden Energiekosten und großen internationalen Lebensmittelkonzernen verursacht. Der Niederösterreichische Bauernbund fordert den Handel auf, unfaire Handelspraktiken zu beenden und stärkere Schutzmaßnahmen für Bauern und Lieferanten einzuführen.



Der BWB-Bericht bestätigt die Linie von NÖ Bauernbunddirektor Paul Nemecek, der die Bauern nicht als Preistreiber sieht. (©NÖ Bauernbund)

Die heute präsentierte „Branchenuntersuchung Lebensmittel“ der Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) legt endlich die Fakten zu den gestiegenen Lebensmittelpreisen und zu unfairen

Handelspraktiken des Lebensmitteleinzelhandels auf den Tisch.

NÖ Bauernbund drängt auf Maßnahmen gegen unfaire Handelspraktiken

Im Bericht wird einerseits klar dokumentiert, dass die österreichischen Bäuerinnen und Bauern für steigende Preise im Lebensmittelregal nicht verantwortlich gemacht werden können und keine Schuld **an der Teuerung** tragen. In erster Linie seien laut BWB die gestiegenen Energiepreise sowie Konzernmultis, wie etwa große, internationale Lebensmittelkonzerne, welche in Österreich höhere Preise verlangen, verantwortlich.

„Die Bundeswettbewerbsbehörde hat nun bestätigt, was wir immer gesagt haben. Unsere Bäuerinnen und Bauern sind keine Preistreiber und nicht die Ursache der **gestiegenen Lebensmittelpreise**,“ so NÖ Bauernbunddirektor Paul Nemecek in einer ersten Reaktion zum heutigen Bericht.

Fokus auf unfaire Handelspraktiken

Besorgt zeigt sich Nemecek über das Ausmaß der unfairen Handelspraktiken, welche der Lebensmitteleinzelhandel gegenüber den Bauern und Lieferanten anwendet.

Schutz der Bauern und Lieferanten: Forderungen nach "Fairere Wettbewerbsbedingungen Gesetz" (FWBG)

„Die Bundeswettbewerbsbehörde stellt hinsichtlich unfairen Handelspraktiken in ihrer Untersuchung klar fest, was wir in den intensiven Gesprächen mit unseren Bäuerinnen und Bauern regelmäßig gehört haben. Das Ausmaß dieser Praktiken zeigt uns, dass wir rasch Konsequenzen ziehen müssen. Im Klartext heißt das, dass wir einerseits die Empfehlung der BWB hinsichtlich der gesetzlichen Verschärfungen beim „Fairere Wettbewerbsbedingungen Gesetz“ (FWBG) umsetzen müssen und andererseits auch nicht vor Beschwerden zurückschrecken

werden, sollten diese Praktiken kein Ende haben“, so Nemecek über die Empfehlungen der BWB zum besseren Schutz von Bäuerinnen und Bauern sowie Lieferanten.

„Unlauteren Handelspraktiken muss hier endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Damit werden Konsumentenrechte und die Versorgungssicherheit durch mehr Fairness am Markt für die heimischen Bäuerinnen und Bauern gestärkt“, zeigt Nemecek auf.

Branchenbericht bringt Sachlichkeit und Transparenz

Die Arbeit der BWB rund um die neue Generaldirektorin Natalie Harsdorf-Borsch bewertet Nemecek rundum positiv: „Die Arbeit der Bundeswettbewerbsbehörde ist vorbildlich und bringt nun endlich Sachlichkeit und Transparenz. Harsdorf-Borsch hat während des gesamten Prozesses alle Standpunkte der Betroffenen erörtert und dabei auf Augenhöhe mit allen Beteiligten agiert. Deshalb steht am Ende auch ein Bericht, der Daten und Fakten in den Vordergrund stellt. Als Bauernbund danken wir für diese Branchenuntersuchung.“

Besuchen Sie uns auf: fleischundco.at